

Petition: „Neubau Westausfahrt:

Nein zur Verkehrslawine neben Wohngebiet – Ja zu einem Naherholungsgebiet Wiental“

Petition im Sinne des Gesetzes „Petitionen in Wien“, LGBl. 2/2013

Wir fordern die zuständigen Politikerinnen und Politiker in der Wiener Landesregierung auf, die Pläne zur Verlagerung der Westausfahrt auf fünf Fahrspuren unmittelbar neben der Bevölkerung im Wohngebiet Hacking zu revidieren, eine Detailprüfung einer für die Wohnbevölkerung im Wiental lebenswerten Variante durchzuführen und eine Neugestaltung mit dem Ziel der Schaffung eines Vorzeigeprojektes „Naherholungsgebiet Wiental“ umzusetzen. Wir fordern:

- 1. Die Offenlegung der Zielsetzungen für die Planungen der Westausfahrt und deren Ergänzung um die Zielvorgabe der Bestimmungen nach dem Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe (Immissionsschutzgesetz – Luft, IG-L).**
- 2. Die Offenlegung der Detailkalkulationen der ausgearbeiteten Planungsvarianten.**
- 3. Die regelmäßige Überschreitung der im IG-L vorgeschriebenen Grenzwerte vor der Projektumsetzung auszuschließen.**
- 4. Die Erhebung der Schadstoffbelastungen im Bereich der bestehenden Westeinfahrt vor der Bräuhäuserbrücke über einen angemessenen Zeitraum seitens des Umweltbundesamtes.**
- 5. Keine Zusammenlegung der zwei bestehenden Westeinfahrts-Fahrspuren, der zwei vorgesehenen Westausfahrts-Fahrspuren und der geplanten Abbiegespur in Richtung 14. Bezirk über die Bräuhäuserbrücke und keine Rodung von grünem Naturraum an der rechten Wienflussböschung.**
- 6. Die Umsetzung einer klimafreundlichen und zukunftsfähigen Variante mit dem Ziel der Schaffung eines grünen Freizeitareals „Naherholungsgebiet Wiental“, die den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner des Wientals, insbesondere der Wohnbevölkerung in der Katastralgemeinde Hacking entspricht.**

VORNAME	NACHNAME	GEBURTSDATUM	HAUPTWOHNSITZ IN WIEN	UNTERSCHRIFT	DATUM	E-MAIL ¹

Info und Kontakt: office@westausfahrt.at / www.westausfahrt.at

Unterschriften an: René Tritscher, Auhofstrasse 230/1, 1130 Wien

¹ Mit der Angabe Ihrer E-Mail-Adresse erklären Sie sich damit einverstanden, dass Sie über den weiteren Verlauf der Petition informiert werden. Ein Widerruf ist jederzeit möglich.

Ausgangssituation

Die Westausfahrt sowie die Westeinfahrt der Stadt Wien befinden sich in den Bezirken 1130 und 1140 Wien und stellen eine **Hauptverkehrsader im Westen Wiens für den motorisierten Verkehr** von der A1 in das Wiener Stadtgebiet dar. Die Stadt Wien hat den Auftrag erteilt, **mehrere Varianten für eine Neugestaltung der Westausfahrt** auszuarbeiten. Nach diesen Plänen der Stadt Wien soll in der an erster Stelle gereihten Variante an Stelle einer Neuerrichtung der schadhafte Nikolaibrücken die **Westausfahrt ab der Hütteldorfer Brücke dauerhaft auf die Seite des 13. Wiener Gemeindebezirkes (1130 Hietzing), also auf die südliche Wienfluss-Seite verlegt werden**. Unmittelbar neben das dicht besiedelte Wohngebiet der Katastralgemeinde Hacking und den Franz-Schimon-Park sollen in Zukunft neben den beiden Fahrspuren der bestehenden Westeinfahrt zusätzlich die Fahrspuren des stadtauswärts fließenden Verkehrs errichtet werden. Im Frühjahr 2020 sind im Amtsblatt der Stadt Wien bereits **Ausschreibungen für eine Verkehrsuntersuchung, für Planungs- sowie für konkrete Bauleistungen auf Basis einer konkreten Umbauvariante für die Westausfahrt** erfolgt.

Auswirkungen auf die Anrainer

Erhebliche Lärm-, Abgas- und Feinstaubbelastung: Die von der Stadt Wien geplante Änderung der Streckenführung bringt neben einer **erheblichen Lärmbelastung** aufgrund der hohen Nutzungsfrequenz auch entsprechende **Belastungen durch Abgase und Feinstaub** mit sich. Die Verkehrsbelastung im betroffenen Bereich beläuft sich regelmäßig auf ca. 31.000/Tag Fahrzeuge stadteinwärts und eine äquivalent hohe Anzahl stadtauswärts. Die Emissionen der Westeinfahrt und Westausfahrt werden nach diesen Planungen in unmittelbarer Nähe zum Wohngebiet gebündelt und praktisch verdoppelt. Ausschlaggebend für derartige Planungen können einzig geringere Einschränkungen während der Bauzeit sowie geringere Errichtungskosten darstellen. Damit wird jedoch keinesfalls auf die **zukünftige Einhaltung der Vorgaben nach dem Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe (Immissionsschutzgesetz – Luft, IG-L)** oder auf **langfristige Bedürfnisse der Wohnbevölkerung** Rücksicht genommen.

Drohende Fahrverbote und massive Störung des Individualverkehrs: Aufgrund einer damit einhergehenden und bereits vor Ende der Planungsphase absehbaren Überschreitung der Abgasgrenzwerte in diesem Bereich könnten Fahrverbote für einzelne Fahrzeugtypen notwendig werden bzw. im Rahmen gerichtlicher Entscheidungsfindung verordnet werden. Dies kann eine stark **wirtschaftsschädigende Unterbrechung des Individualverkehrs im Westen Wiens** nach sich ziehen, da es zwischen dem Ende der Westautobahn/A1 in Auhof und dem betroffenen Bereich keine Ausweichmöglichkeit für die täglichen Verkehrsströme gibt.

Die Sanierung bzw. die Neuerrichtung der Westausfahrt müssen daher neben den verkehrsplanerischen und finanziellen Überlegungen ebenso nach den Grundsätzen der **Verhältnismäßigkeit und des Schutzes der Wohnbevölkerung vor übermäßigen Schadstoff- und Lärmbelastungen genau evaluiert werden**.

Mehr Staus durch Konzentration des Verkehrs (Nadelöhr Bräuhausbrücke): Der Verkehr würde sich in Zukunft auf einen Knotenpunkt, konkret auf den Kreuzungsbereich vor der geplanten Abbiegespur in den 14. Bezirk über die Bräuhausbrücke konzentrieren. Bei einem Unfall in diesem Bereich würde es zu einer Unterbrechung des Verkehrsflusses im gesamten Bereich der im Westen der Stadt gelegenen Außenbezirke kommen. Diese **künstlich geschaffene Stauanfälligkeit** ist besonders in Hinblick auf die in Richtlinien der Europäischen Union festgelegte und durch Gesetze des Nationalrates umgesetzte **Minimierung des anthropogenen Schadstoffausstoßes**, als nicht zweck- und verhältnismäßig zu beurteilen.

Die, von der Stadt Wien vorgeschlagenen, begleitenden Maßnahmen, wie z.B. die Errichtung höherer Lärmschutzwände können diese Belastungen für die Wohnbevölkerung keinesfalls kompensieren. Sie können zudem zur verstärkten Übertragung von tief frequentem Schall ins Wohngebiet führen. In den ohnehin sehr schmalen Teilen des Franz-Schimon-Parks werden sie sich zu sozial bedenklichen Angsträumen hinter Lärmschutzwällen entwickeln.

Bereits derzeit enorm hohe Schadstoffbelastung der Bevölkerung und drohende Überschreitung von Grenzwerten in der Zukunft: Aktuell weist die Westeinfahrt bzw. die Westausfahrt, allgemeiner formuliert die Verkehrsbelastung im Bereich Hietzinger Kai (Standort einer offiziellen Messstelle), bereits eine verhältnismäßig hohe Schadstoffbelastung für die Wohnbevölkerung auf. Die Messstation Hietzinger Kai weist neben den Messstellen Vomp in Tirol, unmittelbar neben der Inntalautobahn, und der Messstelle im Römerbergtunnel in Linz eine der höchsten Stickstoffdioxid-Belastungen Österreichs auf.

Eine Zusammenlegung der Westeinfahrts- und Westausfahrtsfahrspuren **schaft zudem eine künstliche städtische Hitzeinsel („Urban Heat Island“)**. Im Abschnitt vor der Bräuhausbrücke soll dies noch um eine fünfte Fahrspur, die Abbiegespur in Richtung Penzing, ergänzt werden. Die Dimensionen der durchgehend asphaltierten bzw. betonierten Fläche sind mit 20 bis 25 Meter mal 1,5 km zweifellos geeignet die Frischluftzufuhr für den Westen Wiens aus dem dicht bewaldeten Lainzer Tiergarten nachhaltig zu zerstören. Die klimatischen Auswirkungen für die Bezirke Penzing, Hietzing, Meidling, Rudolfsheim-Fünfhaus und - abhängig von der Windstärke entlang des Wientals - bis in den Innere Gürtelbereich können in den Planungen keine Berücksichtigung gefunden haben, da diese Auswirkungen den erklärten Zielen der Wiener Stadtregierung zur Vermeidung von städtischen Hitzeinseln zuwiderlaufen. Durch die Umsetzung der vorliegenden Planungsvariante für die Neugestaltung der Westausfahrt werden **die natürlich bei Westwind auftretenden Kühlungseffekte** durch die vergleichsweise kühle Waldluft aus den höheren Lagen des Lainzer Tiergartens im Bereich des Nikolaiberges, des Hagenberges und des Johannerkogels möglicherweise **unwiederbringlich zerstört**.

Der Jahresgrenzwert für Stickstoffdioxid (NO₂) liegt bei 30 Mikrogramm plus 5 Mikrogramm Toleranzgrenze. Die durchschnittliche Jahresbelastung an der Messstelle Hietzinger Kai, die stadteinwärts der Westeinfahrt liegt, lag mit 47 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft massiv über dem Jahresgrenzwert nach Immissionsschutzgesetz – Luft, IG-L. Unter Berücksichtigung der bereits derzeit regelmäßig auftretenden Überschreitungen der Stickstoffdioxidgrenzwerte muss von einer **Häufung zukünftiger Überschreitungen der Grenzwerte** ausgegangen werden.

Rodung von grünem Naturraum: Als weitere Belastung kommt bei der von der Stadt Wien vorgeschlagenen Variante noch der Wegfall der Ufergehölze an der rechten Wienflussböschung hinzu und damit der ersatzlose Entfall von Bäumen, die Schatten spenden können, Staub aufnehmen und die Luft befeuchten. Der Wegfall der schattierenden Ufergehölze führt zu einer Minderung der Selbstreinigungsfähigkeit des Gewässers durch dessen Erwärmung, was dem Schutz der Gewässer nach dem Wasserrecht widerspricht.

Fazit

Aufgrund der Notwendigkeit der **Behebung der offensichtlichen Missachtung der Bestimmungen nach dem Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe** und der **Detailprüfung einer für die Wohnbevölkerung im Wiental tragfähigen Variante** fordern wir vor der Umsetzung einer der geplanten Varianten für die Westeinfahrt die in der Petition genannten sechs Punkte umzusetzen.

Wir lehnen daher dieses Projekt in der von der Stadt Wien geplanten Form vehement ab, da die Einhaltung der Grenzwerte durch die Zusammenlegung von fünf Fahrspuren, unmittelbar neben einem dicht besiedelten Wohngebiet, nicht gewährleistet werden kann und für die Anrainerinnen und Anrainer eine erhebliche zusätzliche Lärm-, Abgas- und Feinstaubbelastung mit sich bringt. Besonders bestürzt uns die Aussicht, dass die Stadt Wien die einmalige Chance auf eine umwelt- und klimafreundliche Neugestaltung des Gebietes rund um die Westausfahrt für die nächsten 50 bis 100 Jahre zu versäumen beabsichtigt.